



## Inhaltsverzeichnis

20.06.2025	Mitteldeutscher Rundfunk: Endlager für Atommüll: Wo steht Sachsen bei der Standortsuche?	3
20.06.2025	Norddeutsche Neueste Nachrichten: Schwesig holt bei Treffen mit Merz fast zwei Milliarden Euro für MV raus	6

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Mitteldeutscher Rundfunk

## Endlager für Atommüll: Wo steht Sachsen bei der Standortsuche?

20. Juni 2025 05:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Deutschland braucht ein **Endlager** für seinen hoch radioaktiven **Atommüll**. Der steht und liegt verteilt in 16 Zwischenlagern. Weil das keine dauerhafte Lösung ist, sucht der Bund seit Jahren nach einem geeigneten Platz für ein **Endlager**. Einen Kilometer tief im Boden soll der strahlende Müll für eine Million Jahre gelagert werden. Auch Böden in Sachsen eignen sich dafür. Rund zwei Drittel der Fläche in Sachsen sind für ein **atomares Endlager** ungeeignet. Das sagte Katrin Kleeberg vom Bereich Geologie des Sächsischen Landesamts für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie bei einem Vortrag im Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf. 34 Prozent der Landesfläche seien noch "in Bearbeitung". Die anderen Gebiete seien eher ungeeignet.

Laut einem Zwischenbericht sind die Flächen in Sachsen für mögliche Standorte für ein **Atom-Endlager** damit eingeengt worden. In einer ersten Betrachtung im Jahr 2020 hatte die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) noch 64 Prozent der Landesfläche Sachsens für Prüfungen in Betracht gezogen. Nachdem mehr Daten und Informationen zur Bodenbeschaffenheit zusammengetragen wurden, kommen nun weniger Bereiche in Frage. Das gilt auch bundesweit. Zuerst wurden 90 vielversprechende Teilgebiete ausgemacht, jetzt werden diese Regionen eingeengt.

Konkrete Ortschaften seien noch nicht im Gespräch, auch nicht in Sachsen. Teile des nördlichen Sachsens Richtung Brandenburg, der Großraum Leipzig, Wurzen und der Raum um Chemnitz werden als eher ungeeignet betrachtet, ebenso die Regionen um Hoyerswerda und Weißwasser.

Die Elbregion von Pirna bis Riesa in einem breiteren Streifen, das Erzgebirge und weite Teile des Landkreises Bautzen gelten dagegen als plausibel für weitere Prüfungen. Fest steht: Bei den 34 Prozent der sächsischen Landesfläche "bleiben alle Landkreise und kreisfreien Städte betroffen", so Kleeberg.

Es bleiben alle Landkreise und kreisfreien Städte betroffen.

Die Experten sehen in Sachsen kristallines Wirtsgesteins (zum Beispiel Granit) als geeigneten Boden für ein **atomares Endlager**. Tongestein oder Steinsalz würden sich auch eignen. Die seien für Sachsen aber nicht relevant.

Das Gestein soll in 1.000 Meter Tiefe so fest und undurchlässig sein, dass **Atommüll** eine Million Jahre lang sicher lagern kann. "Nicht jedes kristalline Gestein ist gut geeignet. Manches ist geklüftet, es kommt auf die

Druckfestigkeit an, auch auf die Durchlässigkeit", erklärt die Geologin. Das müsse nun alles geprüft werden. Erst in einem Vierteljahrhundert ein **Endlager** gefunden?

"Es ist ein langwieriger Prozess. Das dauert alles lange", weiß Prof. Armin Grunwald. Er ist Physiker und der Co-Vorsitzende des Nationalen Begleitgremiums zur bundesweiten **Endlagersuche**. Die Plätze für mögliche **Endlager** seien in Deutschland "gut verteilt". Aufgrund der Geologie wenig aussichtsreich sind laut Grunwald weite Teile des Saarlands, der Rheingraben und die Eifel. "Das Jahr 2045 ist ein guter Zeitpunkt für das Finden eines Standorts, sagt er. Das Bundesumweltministerium ging zuletzt davon aus, dass bis 2050 ein **Endlager** gefunden sein wird.

Roland Sauerbrey, Professor für Physik im Ruhestand, der als Gast fürs Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf arbeitet und drei Jahre lang im Nationalen Begleitgremium mitgearbeitet hatte, dauert das alles viel zu lange. Die Suche ist ihm "viel zu bürokratisch und zu aufgebläht". Währenddessen seien die 16 Zwischenlager verwundbar und Deutschland auch einer militärischen Bedrohungslage ausgesetzt. "Es genügt, ein geeignetes **Endlager** zu finden, nicht das beste **Endlager**."

Es genügt, ein geeignetes **Endlager** zu finden. Standort soll keine politische Entscheidung werden

Dem widerspricht Grunwald vom Nationalen Begleitgremium. "Wenn man 20 geeignete Plätze hat, wird es eine politische Frage werden, wo das **Endlager** hinkommt. Den Schwarzen Peter kriegt dann ein kleineres oder schwächeres Bundesland, das einem politisch stärkeren gegenübersteht." Es brauche aus wissenschaftlicher Sicht den besten Platz. "Die Menschen werden das **Endlager** dann vielleicht nicht begrüßen, aber verstehen, warum sie es bekommen." Das müsse mit den Bürgern besprochen werden.

Wir wollen den nach wissenschaftlichen Kriterien besten Platz für ein **Endlager** finden.

Außerdem sollten sich die Fehler von 1977 beim Festlegen des Zwischenlagers Gorleben in Niedersachsen nicht wiederholen, sagt Grunwald, der auch Mitglied des Ethikrates ist. "Der Standort wurde damals nicht öffentlich diskutiert, sondern wurde beschlossen. Die Politik hat nicht geredet, sondern Tausende Polizisten bestellt für die Sicherheit der Castor-Transporte."

Bei der **Endlagersuche** geht es um einen Ort in der Tiefe zur dauerhaften Lagerung von 27.000 Kubikmetern hoch radioaktiven Mülls aus mehr als 60 Jahren **Atomkraft** in Deutschland. Es soll ein Ort gefunden werden, der für eine Million Jahre sicher ist, da er viele hunderttausende Jahre strahlt. "Das können Salzgesteine sein, Ton- oder kristallines Gestein wie Granit", erläutert **Atommüll**-Experte Jan Warode vom Bund Umwelt und Naturschutz (BUND) im Gespräch mit MDR SACHSEN-ANHALT. Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) hat im Jahr 2020 in einem Bericht 90 Gebiete ausgewiesen, bei denen eine weitere Prüfung lohnen könnte, insgesamt rund 54 Prozent der Fläche Deutschlands. Nach einer Aktualisierung im November 2024 sind nur noch rund 44 Prozent des Bundesgebietes weiter im Rennen um den **Endlagerstandort**. Diese Gebiete sollen auf wenige Standortregionen eingengt werden, welche die Gesellschaft nach eigenen Angaben Ende 2027 für eine oberirdische Erkundung vorschlagen will. Die Entscheidung über jene Standortregionen, die oberirdisch erkundet werden sollen, trifft der

Bundestag. Aktuell wird der **Atommüll** in 16 oberirdischen Zwischenlagern in verschiedenen Bundesländern aufbewahrt. Das Bundesumweltministerium geht davon aus, dass bis 2050 ein **Endlager** gefunden sein wird.

---

# Schwesig holt bei Treffen mit Merz fast zwei Milliarden Euro für MV raus

Von Donald Trump zu den 16 Chefs der Bundesländer: Kanzler Merz einigte sich nach seiner Rückkehr vom G7-Gipfel mit den Ministerpräsidenten auf finanzielle Entlastungen.

**Berlin** Mit einer guten Nachricht für ihr Heimatbundesland Mecklenburg-Vorpommerns verließ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig das Treffen der 16 Länderchefs mit Bundeskanzler Friedrich Merz am Mittwochabend in Berlin. Aus dem Sondervermögen Infrastruktur, das insgesamt 500 Milliarden Euro umfasst, sollen 100 Milliarden ganz konkret an die Länder fließen. Durch finale Änderungen am Verteilschlüssel gelang es der SPD-Politikerin, dass jetzt insgesamt 1,925 Milliarden Euro in den Nordosten gelangen. Das sind 55 Millionen Euro mehr als ursprünglich vorgesehen.

Der Bund hat Ländern und Kommunen des Weiteren „befristete und unmittlere“ finanzielle Entlastungen für Einnahmeausfälle wegen des geplanten Investitionsprogramms für die Wirtschaft zugesagt. Das sieht ein Beschluss

der Ministerpräsidenten und mit Merz (CDU) vor. Details sind demnach allerdings noch offen. Die Modalitäten wollen Bund und Länder zügig vereinbaren.

Unklar ist etwa, ob die Steuereinbußen der Länder und der Kommunen vollständig ausgeglichen werden – und auf welchem Weg Geld vom Bund fließen soll. Diese Details sollen vor dem für Donnerstag kommender Woche geplanten Beschluss des Gesetzes im Bundestag geklärt werden. Manuela Schwesig sprach sich im Anschluss an das Treffen dafür aus, dass es für die Kommunen eine vollständige Kompensation geben müsste. Bei dem Investitionsbooster geht es um ein Programm, das die mauere Wirtschaftslage in Schwung bringen soll. Firmen sollen damit Anreize für Investitionen bekommen, unter anderem durch erweiterte steuerliche Abschreibungsmöglich-

keiten für Maschinen und Elektrofahrzeuge.

Große Bedeutung hat für Schwesig auch die Energieversorgung inklusive bezahlbarer Strompreise sowohl für Haushalte als auch für die Industrie. „Es ist gut, dass wir einen Energiefahrplan für Deutschland aufstellen wollen. Wir haben erneuerbare Energien, aber sie müssen auch preiswert sein“, betonte Schwesig. Die Bürger und auch die Wirtschaft benötigten dringend eine Entlastung bei den Strompreisen.

Schwesig zeigte sich nach dem Gespräch mit ihren Länderkollegen und dem Kanzler zufrieden. Merz habe sich viel Zeit für das Treffen genommen, der Bund sei Ländern und Kommunen entgegengekommen. „Das ist ein gutes Zeichen“, sagte die SPD-Politikerin.

Wörter: 347  
 Autor/-in: Andreas Becker  
 Ressort: landmv  
 Seitentitel: landmv  
 Medienkanal: PRINT  
 Mediengattung: Tageszeitung  
 Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
 Ausgabe: Nebenausgabe  
 Auflage: 3.380 (gedruckt)<sup>1</sup>  
 3.385 (verkauft)<sup>1</sup>  
 3.404 (verbreitet)<sup>1</sup>  
 Reichweite: 0,02228 (in Mio)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 1/2025

<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen



Auf Augenhöhe: Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Manuela Schwesig (SPD), Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, bei der Ministerpräsidentenkonferenz